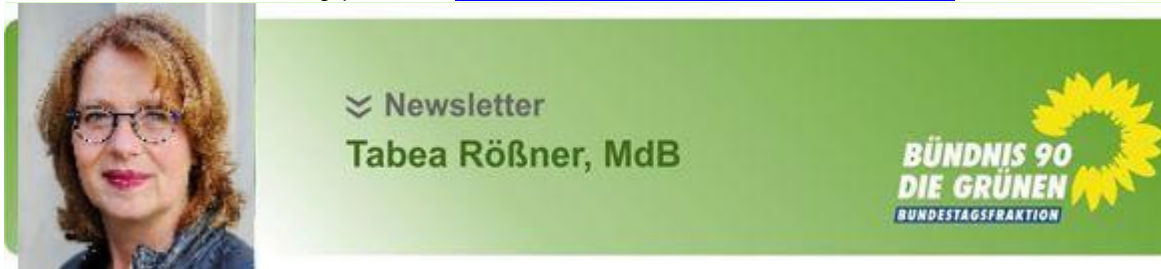


Darstellungsprobleme? [Schau diesen Newsletter in Deinem Browser an.](#)



Liebe Leserin, liebe Leser,

lange hat sie gedauert, die Regierungsbildung. Nun, mit der Gewissheit des neuen und doch alten Zweckbündnisses aus Union und SPD, können wir endlich mit der Oppositionsarbeit beginnen. Für uns GRÜNE im Bundestag heißt das vor allem, richtig dicke Bretter bohren. Denn die GroKo reloaded ist ambitions- und ideenlos, ob beim Klimaschutz, der Flüchtlingspolitik oder der Pflege und gerade auch bei der Digitalisierung.

Als Sprecherin der Bundestagsfraktion für Netz- und Verbraucherpolitik beobachte ich sehr genau das Kompetenzwirrwarr beim Thema Digitalisierung zwischen den verschiedenen Ministerien. Mit Doro Bär ist zwar eine Digital-Staatsministerin benannt worden, sie hat aber nicht mal Kabinettsrang und wird es schwer haben, sich gegen die Herren Seehofer, Scheuer, Altmeier, Braun etc. durchzusetzen. Dabei zeigen Hackerangriff wie Manipulationsverdacht bei den US-Wahlen deutlich, wie notwendig es ist, das Netz zu gestalten, um die Vorzüge zu bewahren und Missbrauch zu verhindern.

Auch in der grünen Bundestagsfraktion haben viele Abgeordnete die Bedeutung des Themas erkannt, da die Digitalisierung ja inzwischen fast jeden Lebensbereich betrifft. Um die Arbeit in der Fraktion zu koordinieren und nach vorne zu denken, wurde ganz aktuell die Arbeitsgruppe Digitalpolitik eingesetzt, die ich in dieser Wahlperiode leiten darf. Das bedeutet einiges an zusätzlicher Arbeit, auf die ich mich aber sehr freue.

Ich wünsche Euch schöne Osterfeiertage, auf dass der Frühling endlich kommen möge, und viel Spaß beim Lesen!

Eure Tabea

Bundestag

[Neue Arbeitsgruppe Digitalpolitik eingesetzt](#)

Digitalisierung ist keine Zukunftsmusik, sondern findet hier und jetzt statt und durchdringt alle Lebensbereiche. Dabei bietet sie große Chancen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen, aber sie stellt uns in Hinblick auf Teilhabe, Bürger- und Verbraucherrechte auch immer wieder vor neue Fragen und Herausforderungen. [Mehr...](#)

[Rede zur europäischen Patentreform](#)

Diese Debatte müssten wir eigentlich gar nicht führen, sie ist nämlich überflüssig. Das ist ärgerlich, denn es gibt viel wichtigere Themen, mit denen wir uns befassen sollten. Ja, das Gesetz für ein einheitliches europäisches Patentgericht und das Ratifikationsverfahren sind ausgesetzt und liegen beim Bundesverfassungsgericht. Also lassen wir doch die Verfassungsrichter entscheiden! [Mehr...](#)

Presseschau

Interviews, Artikel, Gastbeiträge - in der neuen Rubrik auf meiner Homepage erhaltet Ihr ein regelmäßiges Update an Artikeln über meine Aktivitäten in Berlin und Rheinland-Pfalz. Viel Spaß beim Lesen! [Mehr...](#)

[Grüne Bundestagsfraktion wählt fachpolitische SprecherInnen](#)

Tabea Rößner, Bundestagsabgeordnete aus Mainz, ist zur Sprecherin für Netz- und Verbraucherpolitik gewählt worden. Rößner ist in dieser Legislaturperiode Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz sowie Stellvertreterin im Ausschuss für Digitale Agenda und im Ausschuss für Kultur und Medien. [Mehr...](#)

[AfD-Politiker mit durchwachsenem Ergebnis zum Rechtsausschussvorsitzenden gewählt](#)

Dass der AfD-Politiker Stephan Brandner heute überhaupt gewählt und nicht einfach als Vorsitzender des Rechtsausschusses bestimmt wurde, zeigt schon, wie umstritten seine Person ist. Denn als ehemaliger Abgeordneter des Thüringer Landtags brüstet er sich mit 30 Ordnungsrufen, die gegen ihn wegen seinen beleidigenden und diffamierenden Äußerungen ausgesprochen wurden. [Mehr...](#)

[Holocaust-Gedenktag braucht mehr Gewicht](#)

Jedes Jahr gedenken wir am 27. Januar der Millionen Menschen, denen unvorstellbares Leid widerfahren ist. Und dieser Tag erinnert uns an unsere historische Verantwortung, denn der Holocaust ist unverrückbarer Teil der deutschen Geschichte. [Mehr...](#)

[Visionslos und unambitioniert](#)

Das Sondierungspapier von Union und SPD ist vor allem eins: ambitionslos. Viele zentrale Zukunftsaufgaben für eine neue Bundesregierung wurden links liegen gelassen. Die Frage, wie wir Menschen in Not Hilfe leisten können, beantwortet die Große Koalition 2.0 mit Obergrenzen, Asylzentren und Residenzpflicht. [Mehr...](#)



Parlamentskreis Fluglärm gegründet

Ich bin überwältigt von der großen Teilnahme so vieler Bundestagsabgeordneter aus den unterschiedlichsten Wahlkreisen bei der Gründung unseres überfraktionellen Parlamentskreises. Das zeigt, dass nicht nur einzelne

wenige Regionen, sondern über ganz Deutschland verteilt viele Menschen von Fluglärm betroffen sind. [Mehr...](#)

Die Presse über Facebook

- [Deutsche Politiker gehen auf Facebook los](#)
 - [Facebook will Nutzer informieren](#)
 - [„Nicht mehr als ein paar Beruhigungsfloskeln“](#)
 - [Facebook-Skandal: Weiter unklar, ob deutsche Nutzer betroffen sind](#)
 - [Bundestag unzufrieden mit Facebooks Antworten](#)
 - [Politik in Deutschland zweifelt an Facebooks Aufklärungs-Versprechen](#)
 - [Bundestag zweifelt an Facebooks Aufklärungs-Versprechen](#)
 - [Bundestag will Facebook-Geschäftsführerin Sandberg vorladen](#)
 - [Bundesregierung will nach Facebook-Skandal neues Datenrecht](#)
-

Medien- und Netzpolitik

ARD Überlegungen bedrohen Prinzip der Netzneutralität

Öffentlich-rechtliche Inhalte bei StreamOn bzw. Vodafone Pass hört sich für die Nutzerinnen und Nutzer erst mal positiv an – diese Überlegungen drohen aber das Prinzip der Netzneutralität zu untergraben und alle Beitragszahler*innen ohne diesen Zugang durch den Nachteil beim Datenvolumen zu diskriminieren. [Mehr...](#)

Die Unterrichtung der Abgeordneten in der Sondersitzung des Ausschusses für Digitale Agenda lässt noch viele zentrale Fragen offen. Und es ist mehr als erstaunlich, dass es offensichtlich sehr unterschiedliche Einschätzungen der Vertreter der zuständigen Ministerien und Behörden zur Lage gibt. [Mehr...](#)

Filmförderung: Frauen sind effizienter als Männer

Öffentliche Filmfördergelder sind bei Frauen offensichtlich besser aufgehoben als bei Männern. Denn weibliche Filmschaffende verwenden die Fördermittel deutlich effizienter und gewinnen pro eingesetztem Euro Filmförderung auch noch mehr Preise auf Festivals als ihre Kollegen. Dennoch gucken viele Frauen bei der Vergabe von Fördermitteln immer noch in die Röhre. [Mehr...](#)

Berlinale: Gleichstellung im Kulturbetrieb fördern

Auch wenn für die heutige Berlinale-Eröffnung nicht der schwarze, sondern der rote Teppich ausgerollt wurde, ist klar, dass die #MeToo-Debatte die Berlinale begleiten wird. Diese Debatte ist längst überfällig. Es ist erschreckend, wie sehr immer noch Machtmissbrauch und sexuelle Übergriffe gerade in der Filmbranche zum Alltag gehören. [Mehr...](#)

Free Deniz: Torturen für das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung

Seit einem Jahr befindet sich Deniz Yücel in Haft. Seit sage und schreibe zwölf Monaten sitzt der deutsche Journalist im Hochsicherheitsgefängnis Silivri bei Istanbul in Untersuchungshaft – teilweise sogar in Isolation, ohne dass bisher Anklage erhoben wurde. Damit ist klar: Die Türkei ist kein Rechtsstaat mehr, denn in einem Rechtsstaat gibt es das Recht auf einen fairen Prozess. [Mehr...](#)

[Safer Internet Day: Medienkompetenz und Verantwortung im Netz stärken](#)

Das Internet bietet fast unbegrenzte Möglichkeiten, sich zu informieren. Doch leider kursieren immer mehr gezielte Falschmeldungen, Verschwörungstheorien oder Beleidigungen bis hin zu Diffamierungen im Netz. An einem Tag wie dem Safer Internet Day gilt es, für einen bewussten und sensiblen Umgang mit Informationen im Internet zu werben. [Mehr...](#)

[Digitalisierung: Leere Versprechen der GroKo reloaded](#)

Nicht alles was glänzt, ist Gold. Zwar greifen Union und SPD in ihrem Papier viele für die Digitalisierung wichtige Punkte auf, die wir Grüne lange gefordert haben und die auch bereits die Enquête-Kommission Internet und digitale Gesellschaft 2013 als dringende Handlungsfelder identifiziert hatte. Aber zu viele der geplanten Projekte erinnern uns an leere Versprechen aus den vergangenen Legislaturperioden, die niemals erfüllt wurden. [Mehr...](#)

[MPK zur Rundfunkreform: Stillstand statt Visionen](#)

Es war vorauszusehen, dass die Ministerpräsidenten heute kein Ergebnis vorlegen werden. Ein großer Wurf ist sowieso nicht zu erwarten. Das ist bedauerlich. Statt sich mit Kleinstkompromissen um veraltete Definitionen und Regulierungsstrukturen aufzuhalten, fehlt tatsächlich der mutige Blick nach vorne. [Mehr...](#)

[Verfassungsrechtliche Klärung im Tagesschau-App-Streit dringend erforderlich](#)

Ich begrüße die Einreichung der Verfassungsbeschwerde zur Rechtmäßigkeit der Tagesschau-App (in der Version vom 15. Juni 2011) beim Bundesverfassungsgericht. Dies wird hoffentlich den nun schon sieben Jahre andauernden Streit beilegen, der alle Seiten vor allem Kraft und Ressourcen gekostet hat. [Mehr...](#)

Verbraucherschutz

Facebook bleibt Antworten schuldig

Mehr als Beruhigungsfloskeln hatte Facebook im Ausschuss für die Abgeordneten nicht zu bieten. Zudem hat Facebook heute behauptet, dass sie die Verwertung von Daten und Kontakten von Freunden ohne das Wissen der Nutzer inzwischen ausschließen können. Solange es aber keine Privacy-by-Default-Einstellungen gibt, sind diese Beteuerungen nichts wert. [Mehr...](#)

Weltverbrauchertag: Bundesregierung muss Verbraucherrechte stärken

Die Bundesregierung muss Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich stärker in den Blick nehmen. Gerade der Dieselskandal hat einmal mehr gezeigt, dass die große Nähe der Bundesregierung zur Wirtschaft oft leider dazu führt, dass Unternehmen, die betrügen, ungeschoren davon kommen und die Verbraucher im Regen stehen gelassen werden. [Mehr...](#)

Innogy-Deal: Nicht zu Lasten der Verbraucher

Eine „Neuordnung des Energiemarktes“ bedeutet erstmal, dass mit innogy ein Marktteilnehmer verschwindet. Insofern handelt es sich um eine Marktkonzentration und darf nicht zulasten der Verbraucher gehen. [Mehr...](#)

Transparenz ist gut, durchsetzbare Rechte sind besser

Der Bericht der Bundesnetzagentur zeigt einmal mehr, wie groß die Missstände beim digitalen Verbraucherschutz sind, wenn es um vertraglich zugesicherte Internetgeschwindigkeiten geht, die nicht geliefert werden. Dieser Erkenntnis müssen jetzt aber endlich Taten folgen. [Mehr...](#)

Rheinland-Pfalz

Deutlich und stark Zeichen setzen gegen Hass und Menschenfeindlichkeit!

Gerade in diesen Tagen, in denen Anschläge auf Moscheen verübt werden, müssen wir ein deutliches Zeichen setzen gegen Menschenverachtung, Hetze und Rassismus – vom Westerwald bis in die Südpfalz. Denn sowohl in Hachenburg als auch in Kandel marschieren an diesem Tag Rechtspopulisten und Rechtsextremisten auf. [Mehr...](#)

20 Jahre harter Kampf und kein Ende in Sicht:

Trotz Jubiläum dürfte den beteiligten Bürgerinitiativen und Fluglärm betroffenen im Rhein-Main Gebiet wohl kaum zum Feiern zumute sein. Denn 20 Jahre später hat sich die Situation der Fluglärm betroffenen im Großraum Frankfurt nicht verbessert. [Mehr...](#)

Solidarität mit Bürgerbündnis „Wir sind Kandel“

Anlässlich der Gründung des Bündnisses „Kandel ist zuletzt Schauplatz massiver rechtspopulistischer und rassistischer Hetze gewesen. Umso wichtiger und erfreulicher ist die Tatsache, dass sich ein breites Bündnis aus Bürgerinnen und Bürgern u.a. aus Kandler Vereinen, den Kirchengemeinden und Kommunalpolitikerinnen und –politikern

zusammengeschlossen hat, um ein klares Zeichen gegen rechts und für eine demokratische und weltoffene Gesellschaft zu setzen. [Mehr...](#)

Nachtflugverbot nicht verhandelbar

Und wieder einmal lamentiert Fraport-Vorstandschef Stefan Schulte über das Nachtflugverbot nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“. Es muss aber klipp und klar sein: Das Nachtflugverbot ist nicht verhandelbar! [Mehr...](#)

Keine aktive Fluglärmbekämpfung: Koalitionsvertrag der GroKo mehr als enttäuschend

Die Lage der Fluglärm betroffenen im Rhein-Main Gebiet dürfte sich in absehbarer Zukunft kaum verbessern. Während die GroKo reloaded nach massivem Druck vieler Initiativen und Abgeordneter zumindest in Sachen Bahnlärminderung einige vielversprechende Ziele setzt, deren tatsächliche Umsetzung es abzuwarten und einzufordern gilt, werden bei der Fluglärmreduzierung leider keinerlei Fortschritte erzielt. [Mehr...](#)

Mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Ich freue mich außerordentlich, dass das Projekt ‚Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung‘ für Menschen mit Behinderung des Zentrums für selbstbestimmtes Leben in Mainz gefördert wird. [Mehr...](#)

Alle Bahnstrecken sind gleich, aber manche sind gleicher

Mit Logik und transparent nachvollziehbaren Kriterien scheint die Entscheidung des Bundesverkehrsministeriums nichts zu tun zu haben: Die Alternativstrecke Dresden-Prag in den „vordringlichen Bedarf“ hoch zu stufen und damit zuerst zu bauen, dafür die Alternativstrecke fürs Mittelrheintal weiterhin auf die lange Bank zu schieben, widerspricht den Zahlen. [Mehr...](#)

Termine



Damit Ihr seht, wo ich wann unterwegs bin und wo Ihr mich treffen könnt, finden sich alle Termine auf meiner Homepage. [Mehr...](#)

Impressum

Tabea Rößner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 71697

Fax: 030 - 227 76296

Mail: tabea.roessner@bundestag.de

Informationsversand per Newsletter

E-Mails mit Informationen über die Arbeit von Tabea Rößner MdB werden nur mit einer ausdrücklichen Einwilligung der Nutzer versendet. Die Nutzer können dem Empfang der Newsletter jederzeit widersprechen. Eine Widerspruchsmöglichkeit findet sich u.a. in jeder E-Mail. Wir müssen die Anmeldungen protokollieren, um eine ordnungsgemäße Anmeldung nachweisen zu können. Dazu speichern wir im Rahmen der Anmeldung den Anmelde- sowie den Bestätigungszeitpunkt und die IP-Adresse der Nutzer.